

KLIMAABKOMMEN

Offroader hier, Holzkocher dort

Die Schweiz schliesst als erstes Land bilaterale Klimaabkommen ab, zunächst mit Ghana und Peru. Dort sollen Emissionen kompensiert werden. Ein fatales System, sagen KritikerInnen.

VON CHRISTOPH KELLER



Dank Ablasshandel im Inland weitermachen wie bisher: Auslieferung fabrikneuer Geländewagen in Zürich. FOTO: GAETAN BALLY, KEYSTONE

Die Zeremonie Ende Oktober hatte einige Symbolkraft. Bundespräsidentin Simonetta Sommaruga sass vor dem Hintergrund einer Berglandschaft, dazu eine Schweizer und eine peruanische Fahne, neben ihr Botschafter Franz Perrez, zuständig für die internationalen Beziehungen im Bundesamt für Umwelt. Aus der peruanischen Hauptstadt Lima zugeschaltet der Schweizer Botschafter neben der peruanischen Umweltministerin Kirla Echegaray Alfaro; das Blau der Berglandschaft fürs Klima, die Fahnen für die Kooperation, die Videoschaltung als Bekenntnis zu einer Diplomatie, die ohne Flugreisen auskommt.

Simonetta Sommaruga liess sich denn auch mit den Worten zitieren, das soeben geschlossene bilaterale Klima-abkommen diene der Schweiz, es diene Peru – «und vor allem ist es gut fürs Klima». Und weiter, dass dieses Abkommen der Schweiz ermögliche, mit Klimaprojekten in Peru die eigene Klimabilanz aufzubessern, indem man beispielsweise in Bergregionen von Peru 200000 energieeffiziente Holzkocher einrichte, damit 2 Millionen Tonnen CO₂ eingespart und der Schweiz gutgeschrieben werden könnten; Ziel sei es, inskünftig mit solchen Abkommen im Ausland 30 bis 35 Millionen Tonnen CO₂ zu kompensieren, sie würden dann der inländischen Klimabilanz angerechnet.

Nur wenige Wochen später unterzeichnete die Schweiz ein ähnliches Abkommen mit Ghana. Auch in Ghana sollen holzsparende Kocher gefördert werden, weiter Solaranlagen und Projekte zur Installation von LED-Leuchtmitteln, und auch diese Ersparnisse an CO₂ will sich die Schweiz auf die eigene Klimabilanz anrechnen lassen.

Internationale Verwunderung

Was der Bundesrat als bahnbrechend bezeichnet, löste international Verwunderung aus. Megan Darby, Chefredaktorin von climatechangenews.com und eine prominente Stimme in der internationalen Klimabewegung, etwa schrieb, der Vertrag mit Peru führe ironischerweise dazu, dass «Schweizer BMW-Fahrer für Elektrobusse in Lima bezahlen»; das Abkommen sei eine Lizenz, in der Schweiz «weiterhin übermotorisierte Autos zu fahren».

Die 35 Millionen Tonnen CO₂, die im Ausland kompensiert werden sollen, kommen

aus Schweizer Benzin- und Dieseltanks. Die Logik des Abkommens: Statt hierzulande den Verbrauch von Treibstoffen zu reduzieren, soll mit geförderten Projekten der CO₂-Ausstoss in Ländern wie Ghana und Peru sinken. Die Aufgabe, dies zu organisieren, fällt gemäss geltendem CO₂-Gesetz der Stiftung Klimaschutz und Kompensation (Klik) zu.

Benzinlobby am Drücker

Die Klik ist eine Gründung der früheren Erdölvereinigung (heute Avenergy), des Branchenverbands der Benzin- und Dieselvekäufer. Seit 2013 sind diese gesetzlich verpflichtet, 1,5 Rappen pro verkauftem Liter Treibstoff für Kompensationsprojekte einzusetzen. Die Mitverursacher des Treibhausgasausstosses bestimmen also selber, was mit den von ihnen erhobenen Geldern passiert.

Bislang kompensiert die Klik gerade einmal fünf Prozent im Inland, etwa mit Gebäude- renovationen oder Projekten in der Landwirtschaft; den Rest kompensiert die Stiftung mit Projekten im Ausland und mit dem Aufkauf von Zertifikaten; auch künftig sollen «höchstens zehn Prozent der Emissionen im Inland» kompensiert werden, verkündet die Klik in einem Video, denn die Kompensation im Ausland sei günstiger.

Die Klik ist Produkt eines erfolgreichen Lobbyings der Automobil- und Mineralölbranche. Als in den nuller Jahren der Ruf nach einer Lenkungsabgabe auf Treibstoffe laut wurde, gelang es der Branche anfänglich, mit einer freiwilligen Kompensation – dem «Klimarappen», gesetzliche Bestimmungen zu verhindern; dazu wurde die Stiftung Klimarappen gegründet, die Vorgängerorganisation der Klik. Jahrelang hat der Klimarappen als Argument gedient, um Benzin und Diesel nicht mit einer gesetzlichen CO₂-Abgabe zu belegen und die Schweizer Klimabilanz zu schönen. 2013 dann wurde diese bescheidene freiwillige Abgabe gesetzlich verankert.

Von einer Lenkungswirkung, die durch einschneidende Verteuerung den Verbrauch reduzieren soll, kann bei 1,5 Rappen allerdings keine Rede sein. Anders bei den Brennstoffen wie Heizöl: Da ist seit 2008 ein Mechanismus in Kraft, bei dem die Abgabe kontinuierlich ansteigt, um den Verbrauch effektiv zu reduzieren; das eingenommene Geld wird an

die Bevölkerung zurückverteilt. Auch die aktuelle Neufassung des Gesetzes, gegen das die Branche das Referendum ergriffen hat, sieht keine Lenkungsabgabe vor, aber mit maximal 12 Rappen pro Liter Treibstoff immerhin eine höhere Kompensation. Das ist jedoch immer noch viel zu wenig, um Benzin- und Dieselaautos unattraktiv zu machen und alternative Verkehrsmittel zu fördern; dafür wären mindestens 20 bis 50 Rappen pro Liter erforderlich.

Ein zu geringer Preisaufschlag auf Benzin und Diesel motiviert AutofahrerInnen also nicht zum Umsteigen, führt zu keiner effektiven Reduktion des CO₂-Ausstosses im Verkehr; aber weil nach wie vor viel Benzin und Diesel verkauft wird, flutet der geringe Preisaufschlag die Kasse für Kompensationsmassnahmen im Ausland. So kann das Geschäft von Avia, BP, Shell und Konsorten wie geschmiert weiterlaufen – ein Perpetuum mobile nach Schweizer Art.

Weitere Abkommen in der Pipeline

Mischa Classen, bei der Klik zuständig fürs Ressort Ausland, weist Kritik an ihrem – auf Kompensationen im Ausland fokussierten – Ansatz zurück. Der Stiftungsrat, ausschliesslich mit Vertretern der Mineralölgesellschaften besetzt, stehe für ein klares Bekenntnis zur «Transformation» der Energiesysteme in Peru und Ghana ein. Man werde «keine Öfen über der Kalahari abwerfen», sondern eine Garantie abgeben, dass in diesen Ländern mit Klimaschutzmassnahmen eine effektive, messbare Reduktion des CO₂-Ausstosses erreicht werde. Das funktioniert natürlich nur, wenn in der Schweiz weiterhin viel Auto gefahren wird.

Georg Klingler, bei Greenpeace Schweiz zuständig für Klimapolitik, sieht das Problem allerdings nicht in erster Linie bei der Klik, sondern bei der Politik, die letztlich die klimapolitischen Leitlinien festlegt. Die beiden Abkommen seien nicht mehr als die Fortsetzung der bisherigen Politik mit anderen Mitteln, nämlich «die Akteure, die das Klima schädigen, für selbstverantwortlich zu halten».

Botschafter Franz Perrez verneint. Ziel sei gemäss Pariser Klimaabkommen nicht, dass die Schweiz «mit Aktivitäten im Ausland die Mängel in der Klimapolitik im Inland kompensieren darf».

Schon bald will die Schweiz mit mindestens zehn weiteren Ländern ähnliche Abkommen schliessen; auf der Liste stehen der Senegal, Marokko, Thailand, Mexiko, Chile und Argentinien.

EU VS. TECHKONZERNE

Die Lobbyschlacht beginnt

Am Dienstag legte die EU-Kommission ihr lange erwartetes Gesetzespaket für Digitalplattformen vor. Mit dem Digitale-Dienste-Gesetz und dem Digitale-Märkte-Gesetz präsentierte die zuständige Wettbewerbskommissarin Margrethe Vestager die beiden konkreten Vorschläge, die die Marktmacht der US-Techkonzerne innerhalb der EU beschränken sollen.

Erste Reaktionen aus dem netzpolitischen Umfeld auf das Projekt der EU-Kommission waren durchaus positiv. Insbesondere dass die grossen Techkonzerne künftig die Wirkungsweise ihrer Algorithmen offenlegen sollen und Auflagen gegen die Verbreitung illegaler Inhalte einhalten müssen, wurde begrüsst. Ebenso die weitere Massnahme, dass grosse Messengerdienste wie etwa Whatsapp künftig dazu gezwungen werden könnten, den NutzerInnen den Austausch von Nachrichten mit Apps anderer Anbieter zu erlauben. Kritisiert wird hingegen, dass ein Verbot von Geschäftsmodellen fehlt, die auf personalisierter Werbung beruhen. Die Grundlage dieses äusserst lukrativen Modells basiert nämlich darauf, möglichst viele Daten der NutzerInnen zu sammeln und auszuwerten.

Die Anwältin Eva Simon von der Berliner NGO Civil Liberties Union for Europe sagt auf netzpolitik.org, die Entwürfe «verbessern die Situation. Aber es ist unwahrscheinlich, dass sie ohne angemessene Durchsetzung einen Wendepunkt darstellen.» Als Beispiel führt Simon Irland an, wo Facebook seinen Sitz hat. Die irische Datenschutzbehörde habe wenig dafür getan, die Europäische Datenschutzgrundverordnung geltend zu machen.

Die beiden Gesetzesvorschläge gehen nun an das EU-Parlament sowie an den EU-Rat. Dieser Gesetzgebungsprozess wird erfahrungsgemäss mindestens zwei Jahre dauern – und zu einer riesigen und erbittert geführten Lobbyschlacht führen. Insbesondere die US-Techkonzerne haben bereits kräftig in den anstehenden Kampf investiert: Wie die «New York Times» kürzlich aufdeckte, gaben Google, Facebook, Amazon, Apple und Microsoft in der ersten Jahreshälfte 2020 zusammen 19 Millionen Euro für ihr Lobbying in Brüssel aus. Und das ist erst der Anfang. JJ

SILVIO BORNER (1941–2020)

Ein prägender Neoliberaler

Am Telefon war Silvio Borner ein freundlicher Mann. Er nahm sich viel Zeit, als die WOZ über KlimaleugnerInnen in der Schweiz recherchierte; dabei war klar, dass er nicht gut wegkommen würde. Vergangene Woche ist Silvio Borner, eine der einflussreichsten wirtschaftswissenschaftlichen Stimmen der Schweiz, mit 79 Jahren gestorben. Der Ökonom lehrte von 1974 bis 1978 an der HSG in St. Gallen und danach bis zu seiner Emeritierung 2008 an der Uni Basel. Zu seinen SchülerInnen gehörten Aymo Brunetti, langjähriger Chefökonom beim Staatssekretariat für Wirtschaft und heute Wirtschaftsprofessor in Bern, oder Thomas Straubhaar, Wirtschaftsprofessor an der Uni Hamburg.

Borner war anfänglich Anhänger des US-Ökonomen John Maynard Keynes, der dem Staat eine zentrale Rolle bei der Konjunktursteuerung zuschrieb, verfocht aber bald einen Neoliberalismus in der Prägung des rechtslibertären Ökonomen Milton Friedman. Mit dieser Ideologie im Gepäck schrieb er mehrere Publikationen, 1990 etwa mit Brunetti und Straubhaar «Die Schweiz AG – vom Sonderfall zum Sanierungsfall?». Darin fordern die Autoren die Senkung der Sozialausgaben und die Deregulierung der Wirtschaft. Zudem seien die Volksrechte einzuschränken, da sie das wirtschaftliche Gedeihen hemmten. Borner war auch eine treibende Kraft bei der Gründung des wirtschaftsliberalen Thinktanks Avenir Suisse, finanziert von Grosskonzernen wie Credit Suisse, ABB, Nestlé und Novartis.

Spätestens die Klimadebatte machte klar, wie weit Borner in seiner Ideologie gefangen war, unfähig, die zerstörerische Kraft eines von staatlicher Aufsicht befreiten Kapitalismus einzugestehen und Erkenntnisse der Naturwissenschaften anzuerkennen. In immer gehässigeren Kolumnen und Kommentaren behauptete er etwa, es sei «rein wissenschaftlich unverantwortlich», einen Zusammenhang zwischen CO₂-Ausstoss und Erderwärmung zu fixieren (NZZ), der Klimawandel sei zum «religiösen Ersatz für die Hölle verkommen» («Schweiz am Wochenende») und die eingeschlagene Klimapolitik sei «klar schädlicher als der Klimawandel» («Basler Zeitung»). DS